

Denkpause

Freihandel grenzenlos S. 2 • Weltmacht schaffen mit EU-Waffen S. 4 • Cybercops auf der Lauer S. 5
Afrika wiederentdeckt S. 6 • Globalisierung und Widerstand S. 6 • Termine S. 6

04.00
17.04.00
Nr. 6

EU-Profit verschärft in Mexiko soziale Gegensätze

Freihandel grenzenlos

Die weltweite Durchsetzung des Freihandels wäre mit dem Scheitern der WTO-Konferenz von Seattle



fast ins Stocken geraten. Doch auf der Ebene der Europäischen Union tut sich etwas: Ein »Handels- und Partnerschaftsabkommen« nach dem anderen schließt die EU mit Entwicklungs- bzw. Schwellenländern ab. Zuletzt war Mexiko an der Reihe. Solche Abkommen huldigen dem Ziel des freien Handels und der Ideologie des Neoliberalismus, dienen den europäischen Großunternehmen – und verschärfen die sozialen Gegensätze in den »Partnerstaaten« Europas. Dennoch sollen weitere folgen. [>>>> Seite 2+3]

Der nächste Krieg ist immer der schönste

Weltmacht schaffen mit EU-Waffen

Europa verfügt über zwei Millionen SoldatInnen, konnte im Kosovo aber nicht einmal 40.000 davon anbieten. Dieses Glück im Unglück wollen die EU-Militärs jetzt beseitigen. GASP und WEU sollen aus dem Schlafzimmer der europäischen Institutionenfamilie in das Chefbüro umziehen. Ihre Umzugspedition sind die rot-grünen Regierungen Europas. [>>>> Seiten 4+5]

Cybercops auf der Lauer

[>>>> Seite 5]

Afrika wiederentdeckt

[>>>> Seite 6]

Lieber LeserIn,



die österreichische Regierung wollte schon lange eine echte EU-Behörde in ihrer Hauptstadt haben. Jetzt hat sie eine: Anfang

April öffnete die »Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« (EUNC) ihre Tore. Ob die Stelle der maßgeblich von Österreich und Deutschland initiierten europäischen Flüchtlingspolitik entgentreten wird, bleibt jedoch fraglich.

Einstweilen setzt Rot-grün die Hinterlassenschaften von Manfred »Null-Toleranz-für-Kriminelle« Kanther unbeirrt fort. Die scheinheilige Distanz zu den österreichischen KollegInnen reduziert sich so auf ein legitimatorisches Deckmäntelchen. Mit dem Bündnispartner Frankreich forciert die deutsche Regierung derzeit die Militärpolitik. Pünktlich zum österlichen Friedensfest liefert die »Denkpause« einen Überblick über die angriffslustige Truppe der EU. Stellen Sie sich vor, es ist Krieg ... und Deutschland geht nicht hin.

Wegen der Osterferien wird die nächste »Denkpause« nicht im gewohnten Rhythmus erscheinen. Rechtzeitig vor der EXPO 2000 ist sie aber fertig.

Ihre Ilka Schröder



Weitere Texte von Ilka Schröder zum Thema Welthandel
www.ilka.org/themen/wto.html

Beispiel Südafrika
Abschiedsgeschenk für Nelson Mandela: Kurz bevor der südafrikanische Präsident im April 1999 in den Ruhestand ging, hatten sich Vertreter Südafrikas und der EU auf ein gemeinsames Freihandelsabkommen geeinigt. Innerhalb von 10 Jahren sollen demnach auf beiden Seiten Zölle und Handelsschranken abgebaut werden. Bereits jetzt zeichnen sich deswegen große Probleme ab für das Land am »Kap der guten Hoffnung«: Während südafrikanische Agrarprodukte auf dem europäischen Markt kaum eine Chance haben, drängen immer mehr EU-Erzeugnisse nach Südafrika. Weil italienisches oder spanisches Obst in den Läden am Kap oft billiger ist, als südafrikanisches, gehen Obst- und GemüseproduzentInnen bankrott; ArbeiterInnen werden arbeitslos. In Pretoria liefen Gewerkschaften Sturm gegen die entsprechenden Regelungen des Abkommens. Es gibt Studien, die in der Liberalisierung für die EU weit mehr Vorteile sehen, als für Südafrika. Dennoch sind in der Europäischen Union immer noch viele davon überzeugt, Südafrika mit dem Freihandel einen Gefallen getan zu haben.

EU-Profit verschärft in Mexiko soziale Gegensätze

Freihandel grenzenlos

Die weltweite Durchsetzung des Freihandels wäre mit dem Scheitern der WTO-Konferenz von Seattle fast ins Stocken geraten. Doch auf der Ebene der Europäischen Union tut sich etwas: Ein »Handels- und Partnerschaftsabkommen« nach dem anderen schließt die EU mit Entwicklungs- bzw. Schwellenländern ab. Zuletzt war Mexiko an der Reihe. Solche Abkommen huldigen dem Ziel des freien Handels und der Ideologie des Neoliberalismus, dienen den europäischen Großunternehmen – und verschärfen die sozialen Gegensätze in den »Partnerstaaten« Europas. Dennoch sollen weitere folgen.

Im Jahr 1492 fiel der Seefahrer Christoph Kolumbus in Lateinamerika ein. Gut 500 Jahre später bläst Europa erneut zum Angriff. Diesmal aber nicht mit christlichem Fundamentalismus, sondern mit dem »New Beetle« und anderen Errungenschaften des 21. Jahrhunderts.

Die Europäische Union hat am 23. März 2000 in Lissabon ein Freihandelsabkommen mit Mexiko abgeschlossen. Es ermöglicht europäischen Unternehmen, ihre Waren zollfrei nach Mexiko zu exportieren: Autos und Ersatzteile, Chemie-, Pharma- und Elektronikprodukte stehen ganz vorne auf der Liste. Außerdem können sich Konzerne leichter in Mexiko niederlassen, dort produzieren und ihre Waren auf dem nord- und lateinamerikanischen Markt verkaufen. Das mittelamerikanische Land wird zur verlängerten Werkbank der europäischen Industrie.

Der EU-Mexiko-Vertrag ist, wie EU-Handelskommissar Lamy stolz verkün-

dete, das weitgehendste und »umfangreichste Abkommen«, das die EU jemals ausgehandelt hat. Auch für Mexiko spielt es eine besondere Rolle. Neben Israel ist es nun das einzige Land, das sowohl mit den USA als auch mit der EU ein Freihandelsabkommen hat. Der mexikanische Präsident Ernesto Zedillo, dessen Regierung zur Freude der EU und der USA eine strikt neoliberale Wirtschafts- und Handelspolitik verfolgt, sagte: »Wir können den Handel zwischen Europa und Mexiko in einigen Jahren vervielfachen.« Zedillo erhofft sich von dem Abkommen mit der EU auch einen Image- und Stimmengewinn. Am 2. Juli 2000 wählen die MexikanerInnen einen neuen Staatspräsidenten – genau einen Tag nach dem vereinbarten Inkrafttreten des Abkommens. Es ist zu erwarten, daß die regierungstreuen Medien die Beziehungen zur EU nochmal als Glanzleistung des mexikanischen Präsidenten zelebrieren werden.

In den zehn Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens sollen 95 Prozent des Handels zwischen beiden Partnern liberalisiert werden. Bis 2003 will Mexiko 52 Prozent seines Industriesektors öffnen, die restlichen 48 Prozent bis 2007. Die EU öffnet sich gegenüber Mexiko vollständig – mit Ausnahme des Landwirtschaftssektors, der weiterhin gegen Konkurrenz abgeschottet bleibt. Daneben ist Liberalisierung im Dienstleistungs- und Investitionsbereich, sowie im öffentlichen Beschaffungswesen vorgesehen. Auch geistige Eigentumsrechte und Ursprungsbezeichnungen sollen wechselseitig anerkannt und geschützt werden. Damit beinhaltet der Vertrag alle Elemente, die Europa in Seattle im Rahmen der Welthandelsorganisation global durchsetzen wollte. Was die EU dort nicht schaffte, zieht sie jetzt mit »individuellen Partnern« durch. Und das ohne jede Bestimmung zum ArbeitnehmerInnenschutz. Gerade hier wären Verhandlungen aber sinnvoll gewesen.

Mexiko ist bekannt für die sogenannten maquiladoras (Veredelungsbetriebe) und die dort herrschenden miserablen Arbeitsbedingungen. Schwangere Frauen werden entlassen, Gewerkschaftsmitglieder eingeschüchtert und bedroht. Kündigungsschutz, Sozialversicherungen und Mutterschaftsurlaub sind weitgehend unbekannt.

Daß die europäische Seite auf Verhandlungen über Arbeits- und Sozialnormen verzichtete, macht deutlich, um was es ihr wirklich ging – um Handels- und Profitinteressen. Mexiko ist das Einfallstor der EU in den gesamten NAFTA-Raum, also auch in die USA und Kanada. Innerhalb der Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Area) können Waren zollfrei die BesitzerInnen wechseln. Deutsche Automobilhersteller können mit in Mexiko hergestellten Autos künftig den US-Markt erobern oder sie – viel gewinnbringender als früher – nach Europa zurückexportieren. Die AktionärInnen des Unternehmens Volkswagen, das seinen »New Beetle« wegen niedriger Löhne (durchschnittlich 1,3 Dollar pro Stunde) und der Nähe zum US-Markt nur in Mexiko produziert, werden sich freuen. Durch den Wegfall der Zölle können die Profite steigen.

Das NAFTA-Abkommen aus dem Jahr 1994 hat Mexiko geholfen, seine Exporte zu verdoppeln. Noch stärker stiegen allerdings die Importe. Mexiko weist inzwischen das höchste Handelsbilanzdefizit ganz Lateinamerikas auf. Vor allem transnationale Großunternehmen profitieren von der Handelsliberalisierung, keinesfalls aber die in Mexiko lebenden Menschen. Während 1984 etwa 15 Prozent der MexikanerInnen in extremem Elend lebten, sind es heute (nach sechs Jahren NAFTA) 28 Prozent. Der Freihandel mit Europa wird diese Entwicklung weiter verschärfen, zumal das Abkommen mit der EU über die Bestimmungen von NAFTA noch hinausgeht.

Doch daß der Freihandel der mexikanischen Bevölkerung nützlich sein könnte – davon geht in der EU sowieso kaum jemand aus. Das Europäische Parlament formulierte treffend und ohne Umschweife, um was es geht: »Ziel dieses Abkommens ist die Schaffung eines neuen Rahmens, der es der EU ermöglicht, auf dem mexikanischen Markt stärker präsent zu sein und künftig auf gleicher Stufe mit den Ländern konkurrieren zu können, mit denen Mexiko Freihandelsabkommen geschlossen hat.« Keine Re-

[WTO]

Ilka Schröder fordert:

- Die Welthandelsordnung muß eine sozial gerechte, ökologische und friedliche Entwicklung ermöglichen.
- Internationale Abkommen müssen also den Menschen dienen, nicht den Konzernen.
- Bei Handelsabkommen zwischen ungleichen Vertragspartnern müssen die Belange des schwächeren Partners oberste Priorität haben.
- Die EU darf keine weiteren Freihandelsabkommen abschließen, bevor das Welthandels- und -wirtschaftssystem nicht grundsätzlich verändert wird.

de ist davon, daß mexikanische Nichtregierungsorganisationen das Abkommen als eine Gefahr für die ärmeren Bevölkerungsgruppen und kleinere Unternehmen betrachten. Sie hatten den Senat ihres Landes aufgefordert, das Abkommen nicht zu unterzeichnen. Im Europaparlament stimmten nur einzelne Abgeordnete – vor allem Grüne und Mitglieder der Vereinigten Linken – gegen den Vertrag. Eine große Mehrheit hatte nichts gegen ihn einzuwenden. Die sozialdemokratische Fraktion wollte ihrer in Mexiko regierenden neoliberalen Schwesterpartei den Freihandelsvertrag offenbar nicht vermasseln und stimmte kurzerhand zu. Folglich ist auch nicht zu erwarten, daß sich das Parlament bei künftigen Entscheidungen über weitere Freihandelsprojek-

te als kritischer erweisen wird.

Die nächsten Ziele sind schon gesteckt. Bis 2010 soll eine »Euro-Mediterrane Freihandelszone« rund um das Mittelmeer entstehen, an der – vielleicht mit Ausnahme Libyens – alle nordafrikanischen Staaten von Marokko bis zum Libanon beteiligt sein sollen. Noch früher sollen die Zölle zwischen der EU und der lateinamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft »Mercosur« (Mercado Comun del Cono Sur) fallen. Damit entstünde die größte Freihandelszone der Welt. Die Außenwirtschaftspolitik der EU macht sich die wenige große Freihandelsblöcke auf dem Globus zu strategischen Partnern – zum Profit der europäischen Konzerne. Angesichts der durchschlagenden Wirkung des Freihandels würde der Eroberer Kolumbus vor Neid erblassen. •

NAFTA

Die North American Free Trade Area (NAFTA) wurde 1994 gegründet. Die USA, Mexiko und Kanada sind an dieser Freihandelszone beteiligt. Für Mexiko hat sie einen massiven Anstieg der Exporte gebracht. Zu mehr Wohlstand oder sozialer Sicherheit für die Bevölkerung ist es dagegen nicht gekommen. Weite Teile der mexikanischen Mittelschicht verarmten in den letzten Jahren.

MERCOSUR

Der gemeinsame Markt Mercado Comun del Cono Sur (Mercosur) umfaßt Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Er wurde 1990 gegründet. Der Mercosur erwirtschaftet 60 Prozent des lateinamerikanischen Bruttoinlandsproduktes. Bereits heute haben zahlreiche europäische Unternehmen dominante Marktpositionen in den Mercosur-Staaten: Electricité de France (EDF) in Brasilien oder der spanische Ölkonzern Repsol in Argentinien.

Das EU-Mexiko-Abkommen im Wortlaut

<http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/mexico/fta.htm>

Der Bericht des Europäischen Parlaments zum EU-Mexiko-Abkommen befindet sich auf der Seite

www.europarl.eu.int/
Dokument Nr.: A5-0066/2000

Der Wortlaut des EU-Südafrika-Abkommens befindet sich auf der Webseite der Generaldirektion »Entwicklung« der Europäischen Kommission:

www.europa.eu.int/comm/development/country/za_en.htm



Der nächste Krieg ist immer der schönste

Weltmacht schaffen mit EU-Waffen

Europa verfügt über zwei Millionen SoldatInnen, konnte im Kosovo aber nicht einmal 40.000 davon aufbieten. Dieses Glück im Unglück wollen die EU-Militärs jetzt beseitigen. GASP und WEU sollen aus dem Schlafzimmer der europäischen Institutionenfamilie in das Chefbüro umziehen. Ihre Umzugspedition sind die rot-grünen Regierungen Europas.

Der erste Jahrestag des NATO-Angriffs auf Jugoslawien in Deutschland: KommentartorInnen, die vor einem Jahr die gesellschaftliche Stimmung für den ersten siegreichen Krieg Deutschlands seit über 150 Jahren schufen, werden nachdenklich.

KriegspolitikerInnen aller Parteien schwadronieren über ihre eigene Blödeheit, der Kriegspropaganda von Fischer und Scharping geglaubt zu haben. Angesichts des durch die NATO erst angeheizten Kosovo-Konflikts kommt ihnen plötzlich die Idee, daß Militär eigentlich gar keine Konflikte lösen kann.

In Den Haag werden die Tribunale gegen Slobodan Milosevic, Gerhard Schröder, Joseph Fischer und Rudolf Scharping vorbereitet, auch die zustimmenden Bundestagsabgeordneten werden zur Verantwortung gezogen. Über die Frage, wie man die Delegierten des Bielefelder Grünen-Parteitag, die für die Bomben auf Jugoslawien stimmten, bestrafen will, wird noch diskutiert. PsychologInnen gehen davon aus, daß eine Resozialisierung der Friedens-FighternInnen in den zivilen Rechtsstaat massiv Probleme bereiten dürfte. FinanzpolitikerInnen fordern, die Mindeststrafen auf die Vorbereitung und Billigung deutscher Angriffskriege wegen der hohen Kosten für Haftplätze auf unter zehn Jahre zu senken. Die »Tageszeitung« wirbt vorsorglich für 500 neue Knast-Abos und Justizvollzugsköche besorgen schon mal Müsli-Rezepte.

So konsequent, wie es der letzte Absatz vermuten läßt, ist der freiheitlich-

demokratische Rechtsstaat aber dann doch nicht. Außer AntimilitaristInnen, wie zum Beispiel der Farbbeutelwerferin Samira F. oder dem Politikprofessor Wolf-Dieter Narr, müssen sich keine BRD-StaatsbürgerInnen mit der Justiz rumschlagen.

Die Außen- und VerteidigungsministerInnen der Europäischen Union hätten dazu auch gar keine Zeit: Die nächsten Kriege müssen vorbereitet werden.

Um auch bei amerikanischer Kriegsmüdigkeit losschlagen zu können, verhandeln sie derzeit über eine »europäische Verteidigungsidentität«. Dabei geht es natürlich – analog zum sogenannten »Bundesverteidigungsministerium« – nicht um das, was ZivilistInnen unter »Verteidigung« verstehen.

Der amerikanische Außenminister William Cohen kritisierte die europäischen NATO-Verbündeten wegen ihrer wenig effektiven Zerstörungskraft: »Die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten betragen 60 Prozent der unseren, aber sie bekommen dafür nur zehn Prozent unserer Leistungsfähigkeit.«

Gleichzeitig aber erschreckt die AmerikanerInnen das forsche Vorgehen beim Aufbau der EU-Truppen. So wurden die EuropäerInnen darauf hingewiesen, daß sie nur dann Krieg führen sollen, wenn die NATO als ganzes einbezogen wird, aber selbst nicht die Bomber steigen lassen will.

Bis zum Jahr 2003 will Europa eine Armee von 60.000 SoldatInnen zusammengestellt haben. Innerhalb von 60 Ta-

gen soll die schnelle Truppe einsatzfähig sein und bis zu einem Jahr lang kämpfen können. Weil EU-Soldaten auch mal Urlaub machen sollen, braucht man incl. Ablösung ca. 200.000 Menschen. Sie sollen »in Europa und um Europa herum« eingreifen. Die Truppen sollten »auch verfügbar sein, um weltweit auf Krisen antworten zu können, wengleich auch in geringerem Umfang.«

So zumindest lauten die Vorstellungen, die in einem federführend von Großbritannien verfaßten Positionspapier für__

Fortsetzung

>>> S. 5

Links Militär:

Geschichte der WEU (aus Sicht der Herrschenden)

<http://ue.eu.int/pesc/pres.asp?lang=de#SCRL6ami> (antimilitaristische Zeitschrift)

<http://userpage.fu-berlin.de/~ami/>

Ulrich Cremer: Militärische Emanzipationsversuche der EU

<http://www.basisgruen.de/bund/aussen/00-01-31--cremer.htm>

Hintergrundbericht von Elisabeth

Schroedter MdEP <http://www.elisabeth-schroedter.de/sicherheit.html>

GASP-Seite der Europäischen Union

http://europa.eu.int/pol/cfsp/index_de.htm

Farbbeutel-Seite

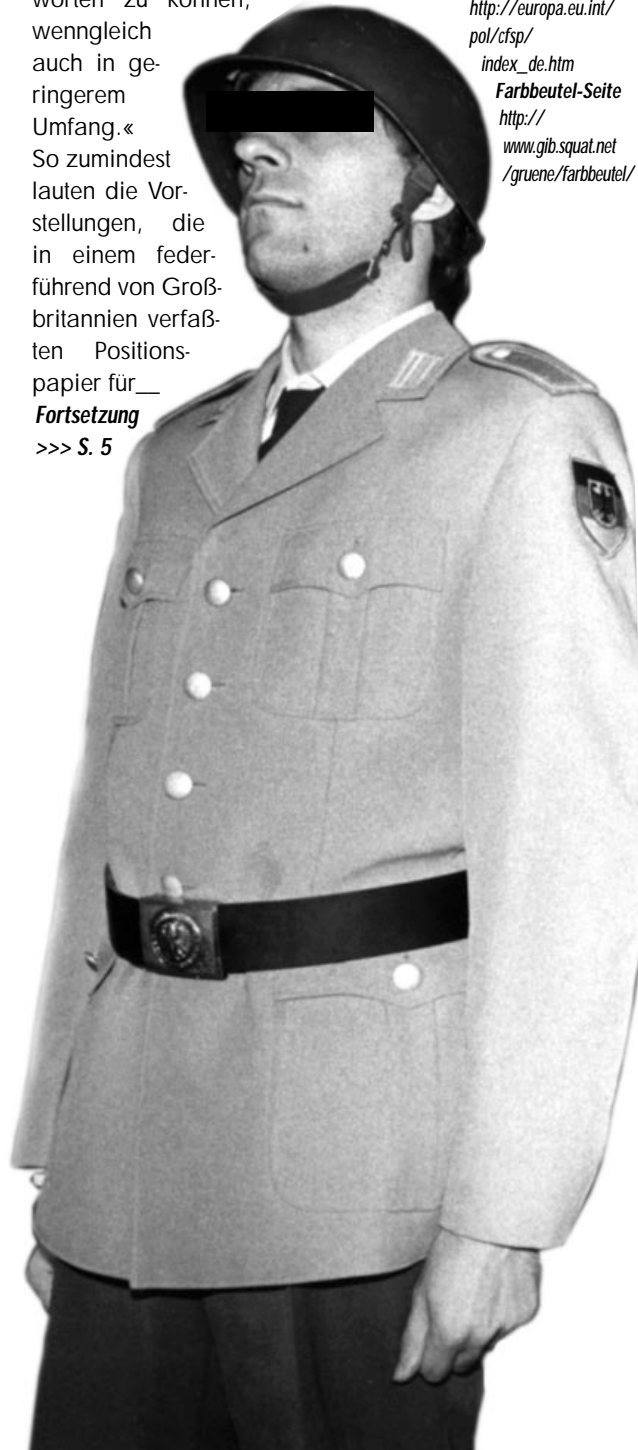
[http://](http://www.gib.squat.net/gruene/farbebeutel/)

www.gib.squat.net/gruene/farbebeutel/

[Militär]

Ilka Schröder fordert:

- **Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO** (Zitat aus dem geltenden Bundesprogramm der westdeutschen Grünen).
- **Nichtmilitärische Krisenprävention z.B. in der West-Sahara durchführen – mit den Milliarden, die heute für das Militär ausgegeben werden.**



Fortsetzung von Seite 4 (Weltmacht schaffen...)

ein Ende Februar 2000 stattfindendes Treffen der EU-Verteidigungsminister festgeschrieben werden. Nach einem Bericht der »Financial Times Deutschland« vom 28.02.2000 werden in dem Papier auch Terroristen als Stabilitätsrisiko für Europa eingeschätzt.

Demnach winken neue Aufgaben: Seit langem ist es ein Wunschtraum rechter KriegspolitikerInnen, SoldatInnen auch in innerstaatlichen Auseinandersetzungen (Castor-Transport etc.) als Prügeltruppen einzusetzen.

Der Zeitplan für den Aufbau der EU-Armee ist eng. Noch unter französischer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 sollen alle Vereinbarungen getroffen sein. Am 22. Mai wollen die Außen- und Verteidigungsminister genauere Verhandlungen über die nötigen Streitkräfte führen. Eine weitere informelle Konferenz der Verteidigungsminister und zwei Konferenzen der Außen- und Verteidigungsminister sollen eine »Force Generation Conference« im Dezember 2000 vorbereiten. Auf dieser »Geberkonferenz« sollen die Beiträge der beteiligten Staaten auf den Tisch gelegt und damit die neue Truppe zusammengestellt werden.

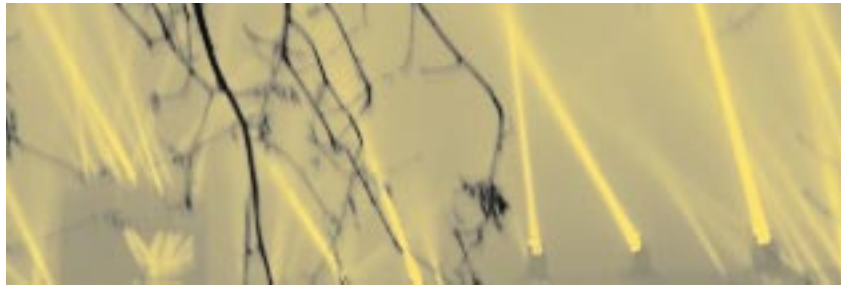
In der BRD sind die »veränderten sicherheitspolitischen Erfordernisse« der EU-Militärpolitik ein gutes Argument für die Beibehaltung der hohen Militärausgaben. Den Mechanismus kennt man von der Globalisierung: Zuerst werden weltweit alle Kapitalschranken abgeschafft, um dann die Standortkonkurrenz als einen Sachzwang zu postulieren, der jeder Art unsoziale Politik legitimieren soll.

Bundeskriegsminister Rudolf Scharping nimmt die vor allem von Deutschland und Frankreich gewollte EU-Armee zum Anlaß, eine Erhöhung des deutschen Kriegshaushaltes zu fordern.

Der Widerstand gegen die Militärpolitik der Europäischen Union hält sich innerhalb und außerhalb der Parlamente in Grenzen:

In der wissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung streitet man sich lieber über die Verteilung von einigen Millionen DM, die die Bundesregierung über eine Stiftung in die Friedensforschung fließen lassen will. Kritische Töne gegenüber GeldgeberInnen sind da offenbar nicht mehr angebracht. Wie auch schon während des Kosovo-Krieges kommt auf den Straßen und Plätzen keine richtige antimilitaristische Stimmung auf. Und in der Grünen-Fraktion im Europaparlament wird an der Kriegspolitik vor allem bemängelt, daß sie zu langsam und undemokratisch verläuft, da das Parlament zu wenig beteiligt werde. ●

News



Cybercops auf der Lauer

Das Internet stellt sich für immer mehr EU-AkteurInnen als Gruselkabinett dar. Die europäischen StrafverfolgerInnen wollen zukünftig im Netz nach GesetzesbrecherInnen suchen. In einem Dokument (Nr. 5724/00 ENF-OPOL 6, v. 4.2.2000) der portugiesischen Ratspräsidentschaft wird das Internet für »Terrorismus, Sekten, Neonazismus, Cyberterrorismus, Rassismus« mitverantwortlich gemacht. »Die Leichtigkeit und Schnelligkeit im Aufbau von Kontakten ermöglicht desweiteren die Internationalisierung solcher Phänomene und ermöglicht zugleich größeren Zusammenhalt und bessere Rekrutierungsmöglichkeiten für ihre Anliegen.«

In einem Bericht des Innen- und Rechtsausschusses zum Thema Kinderpornographie heißt es: »Die Möglichkeit des Sendens von anonymer e-Mail macht Strafverfolgung praktisch un-

möglich.« Er fordert daher, Provider zu zwingen, die Identität jedes e-Mail-Absenders zu prüfen.

Leider verstehen aber die wenigsten Abgeordneten etwas von »Neuen Medien«. Hätten die VerfasserInnen selbst schon einmal einen elektronischen Brief abgeschickt, müßte ihnen eigentlich einfallen, daß alle Briefkästen innerhalb der Europäischen Union abgebaut werden sollten. Es ist nämlich möglich, in Briefkästen anonyme Post einzuwerfen oder einen falschen Absender anzugeben. Zur Bekämpfung der Kinderpornographie müßten alle EU-BürgerInnen beim Absenden von Briefen in Postfilialen ihre Identität überprüfen lassen. Nicht zuletzt wegen des hohen Empörungsfaktors von Kinderpornographie wird der Bericht bei Erscheinen dieser »Denkpause« vermutlich mit Parlamentsmehrheit bestätigt sein. ●

Geheimdienst untersuchen?

Das Europäische Parlament wird am 3. oder 4. Mai über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Machenschaften des Spionagenetzwerkes »Echelon« (siehe Denkpause Nr. 6) abstimmen. Die großen Fraktionen der SozialdemokratInnen und Konservativen können sich nicht recht damit anfreunden – und bemühen sich um einen Kompromiss.

Der lautet »Nicht-ständiger Ausschuß ohne klaren Untersuchungsauftrag«. Allerdings könnte sich bei einem auftragsfreien Ausschuß dann die Möglichkeit ergeben, auch nationale Abhörmaßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten zu untersuchen. Im Wesen eines Geheimdienstes liegt es, daß er von gewählten VolksvertreterInnen eigentlich gar nicht kontrollierbar ist. ●

Fluchthelfer subventionieren

Die »Festung Europa« wird immer sicherer. Jetzt betreibt die europäische Polizeibehörde »Europol« ihre eigene Osterweiterung nach Polen - vor allem zur Bekämpfung des »illegalen« Grenzüberschritts.

Das Geld, das für die Polen-Europol-Kooperation ausgegeben wird, wäre für humanitäre Maßnahmen besser angelegt: Statt sichere Computerver-

bindungen zu verlegen, sollte die Schleuser-Branche an der EU-Ostgrenze subventioniert werden. Für viele ist die Nutzung der Fluchthelfer-Dienstleistungen die einzige Möglichkeit, nach Europa zu kommen. Da die meisten FluchthelferInnen ihren Beruf auch aus Erwerbsgründen betreiben, sind die Gebühren für Flüchtlinge heute oftmals zu hoch. ●

Einzelne Mitglieder
(aber keine VertreterInnen von Außenseitermeinungen) der **Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament zur EU-Militärpolitik:**

»The tail must not wag the dog. We want a European defence as a result of properly organised democratic decision-making process in foreign policy and not the other way round.«

»The defence ministers made ambitious plans to come true in 2005 or 2010 – but have no solutions for the burning problems of the year 2000.« »The recent steps of Council towards a Common Defence and Security Policy contravene massively the principle of democratic control of military deployment. The Greens/EFA call for giving Parliament full decision competences in Foreign and Security Policy.«

Quelle:
http://www.europarl.eu.int/greens/press/2000/0301_en.htm

Auf einen Blick:

Ilka Schröder MdEP
www.ilka.org
schroeder@ilka.org

Postfach 080417
10004 Berlin
Deutschland
Fon +49.30.2096 1340
Fax +49.30.2096 1356
berlin@ilka.org

Tilman Heller
heller@ilka.org

Rue Wiertz ASP 8 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.284.74 49
Fax +32.2.284.94 49
bruxelles@ilka.org

Andreas Gebhard
gebhard@ilka.org

Afrika wiederentdeckt

Zum Gipfeltreffen EU-Afrika am 3. und 4. April 2000 in Kairo, dem ersten seiner Art, reisten die europäischen Regierungschefs mit vagen und teilweise völlig unpassenden Vorstellungen. Sie wollten mit ihren afrikanischen »Partnern« ganz unverbindlich über Demokratie und »verantwortungsvolle Staatsführung« sprechen. Auch um Kriege und eine mögliche europäische Beteiligung daran sollte es gehen. Die meisten afrikanischen GipfelteilnehmerInnen dagegen wollten vor allem über gerechtere Handelsbedingungen, über einen besseren Zugang zum abgeschotteten EU-Agrarmarkt und einen umfassenden und bedingungslosen Schuldenerlaß verhandeln. Angesichts der Haltung der EU erwarteten einige jedoch schon vor dem Gipfel nicht viel von der hochrangigen Begegnung. Dem algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika ging es bei dem Gipfel darum, die EuropäerInnen daran zu hindern, noch mehr Produkte nach Afrika zu verkaufen.

Einige VertreterInnen des afrikanischen Kontinents zeigten sich gegenüber der EU sehr kritisch: Der nigerianische Staatschef Olesegun Obasanjo meinte: »Wir bitten nicht um Spenden. Wir wollen Entschuldigung. Wir wollen gerechtere Handelsbedingungen.« Muammar el Gaddafi aus Libyen lehnte die europäischen Pläne, bei Krisen in Afrika künftig verstärkt auch militärisch einzugreifen, als »kolonialistisch« ab. Einige europäische Regierungschefs kündigten schließlich – um zumindest ein positives Signal zu geben – einen

Schuldenerlaß für die am höchsten verschuldeten Länder an. Insgesamt mußten sie jedoch feststellen, daß die afrikanischen Staaten mit ein paar Krümeln vom EU-Kuchen und guten Ratschlägen über »verantwortungsvolle Regierungsführung« nicht zufrieden sind. Zurecht. •

Muammar el Gaddafi

In einer kämpferischen Rede auf dem EU-Afrika-Gipfel in Kairo übte der libysche Staatschef Muammar el Gaddafi heftige Kritik am kapitalistischen System, das auch in Afrika Fuß gefaßt habe: »Alles, was der Kapitalismus gebracht hat, ist, Eier und Honig zu Haarschampoo zu machen und elektronische Hunde und Katzen zu bauen.« Seine Thesen kamen offenbar gut an. EU-Kommissionspräsident Prodi erklärte: »Wir standen Schlange, um den Oberst zu treffen.«

Afrikanische Pressemeldungen und Kommentare im Internet:

<http://www.africanews.org>

Neuigkeiten per Mail

Wegen der großen Nachfrage gibt es ab sofort einen elektronischen Info-Verteiler von Ilka Schröder. Hier werden Presseberichte über die Abgeordnete, ihre Presseinformationen und Aktivitäten zeitnäher als in der »Denkpause« dargestellt. Über »ilka-info« kommen zukünftig etwa zwei e-Mails pro Woche, keine Attachments. Im Betreff jeder Mail ist »ilka-info« enthalten, was für die Sortierfunktion des e-Mailprogramms wichtig ist.

Das Info kann abonniert werden, indem an die Adresse ilka-info@ilka.org eine Mail geschickt wird, die in der ersten Zeile des Mailbody (nicht Betreff!) das Wort »subscribe« enthält. Wer sich lieber im WWW eintragen will, kann dies tun unter: www.ilka.org/ilka-info. •

Die Denkpause kann kostenlos bestellt werden. Zum Beispiel per email an abodatei@ilka.org. Ältere Ausgaben sind unter www.ilka.org abrufbar.

Termine

- ☉ **01.05.2000, überall** / Globaler Aktionstag gegen Neoliberalismus, z.B. in Berlin, 18 Uhr, vom Oranienplatz nach Mitte
- ☉ **01.05.2000, Wetzlar oder anderswo** / Nazi-Aufmarsch verhindern! www.antifa.de
- ☉ **24.05. – 26.05.2000, Genua (Italien)** / Aktionstage gegen »World Exhibition on Biotechnology«
- ☉ **26.05. – 28.05.2000, überall** / Aktionen gegen Lufthansa und KLM wegen Abschiebungen www.deportation-alliance.com
- ☉ **27.05. – 04.06.2000, Hannover** / Aktionswoche gegen die EXPO (27.5. Demo, 1.6. Aktionen »Die EXPO wird nicht eröffnet«)
- ☉ **03.06 – 04.06.2000, Hannover** / Innenstadt-Aktionstage www.anti-expo-ag.de
- ☉ **23.06 – 24.06.2000, Münster** / Bundesparteitag der GRÜNEN zu Atompolitik www.gruene.de, www.akw-nee.de
- ☉ **02.07. – 04.07.2000, Berlin** / Nachhaltigkeitkongreß »Local Heroes 21« und event. Gegenaktionen
- ☉ **19.07.2000, Hannover** / Aktionstag von Flüchtlingen, MigrantInnen und AntirassistInnen wg. »Tag der Weltenwanderung« auf der EXPO
- ☉ **06.08. – 08.08.2000, Hannover** / Höhepunkt und Abschlußwochenende der »Chaos-Tage«, www.chaos-tage.de
- ☉ **20.08.2000, Hannover und anderswo** / Mexiko-Aktionstag
- ☉ **27.09.2000, Prag** / IWG-Tagung
- ☉ **03.10.2000, Hannover und Dresden** / Antinationaler Aktionstag
- ☉ **Interessante Termine** von überregionaler Bedeutung nehmen wir gerne in die Terminübersicht auf und bitten um Mitteilung an: berlin@ilka.org. Aktuelle Terminliste unter: www.ilka.org/termine.html

Globalisierung und Widerstand

Der Titel des aktuellen Hefts des »Widerspruch« verspricht weniger eine technische Anleitung zu Aktionen gegen die weltweite Handelsliberalisierung, als die nötigen ideologischen Grundlagen. Während die Shell-Studie den Rassismus unter Jugendlichen eher verniedlicht, liefert Christoph Butterwege im »Widerspruch« eine genauere Analyse und nennt Mitverantwortliche: Für ihn entstand in den neunziger Jahren ein Nährboden für den Standortnationalismus, der für die GlobalisierungsverliererInnen Europas den modernisierten Rechtspopulismus

und Rechtsextremismus attraktiv macht. Joachim Bischoff beschreibt die Auswirkungen der deregulierten Finanzmärkte auf den Umbau der Gesellschaftsordnung, François Chesnais diskutiert den möglichen Beitrag einer Tobin-Steuer als Gegenstrategie und bietet damit einen ähnlichen Problemaufriß wie der Beitrag in der letzten »Denkpause«. •

»Widerspruch« Heft 38: Globalisierung und Widerstand, 228 S., 21 Fr/DM, gibt's linken Buchhandel oder bei Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich, Schweiz, vertrieb@widerspruch.ch